

An den Deutschlandfunk
Redaktion Campus&Karriere
z.Hd. Frau Kate Maleike
Raderberggürtel 40
50968 Köln

per E-Mail:
hoererservice@deutschlandradio.de

WIDERSPRUCH zum DLF-Beitrag "2020 haben wir wieder Studiengebühren"

Sehr geehrte Frau Maleike,

mit großem Interesse haben wir Ihren Beitrag [1] im Deutschlandfunk - Campus&Karriere am Montag, 26.01.2015 ab 14:35h verfolgt und möchten Ihnen im Folgenden unseren Widerspruch von studentischer Seite zukommen lassen. Wir sind sehr erstaunt, dass beim Deutschlandfunk zum Thema Studiengebühren zunächst die ökonomischen Berater "immer ins Spiel kommen" und die betreffende Gruppe der Studierenden lediglich bedauert wird.

Das Leitbild der "**Unternehmerischen Hochschule**" welches der Analyse von Herr Dr. Dohmen zugrunde liegt, wurde mit keinem Wort erwähnt. In diesem problematischen Leitbild liegt die Ursache der projektgebundenen Hochschulfinanzen. Es verhindert langfristige Investitionen in den grundständigen Ausbau des Bildungsbereichs. Nur Bildung als Querschnittsaufgabe ermöglicht eine soziale und ökonomische Teilhabe. Gerne bringen wir mit diesem Schreiben die studentische Sichtweise "mit ins Spiel".

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren
Kurt Stiegler Tel. 0178-1360870 abs@studis.de
www.abs-bund.de



Landes-ASTen-Treffen NRW
Heraldo Hettich Tel. 0173-7545978 lat-nrw@studis.de
<http://latnrw.de>

Konferenz Thüringer Studierendenschaften
Mandy Gratz Tel. 0151-58889891 sprecherin@kts-thueringen.de
www.kts-thueringen.de



freier Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V.
Isabella Albert Tel. 0151-16807671 isabella.albert@fzs.de
www.fzs.de

Die Antwort lautet Aufstockung der Grundmittel nicht Studiengebühren!

Das Landes-ASten-Treffen NRW,
das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren,
die Konferenz Thüringer Studierendenschaften
und der freie Zusammenschluss der studentInnenschaften,

widersprechen der Analyse des "Bildungsökonom" Dr. Dieter Dohmen
die Hochschulen seien ab 2020 nur noch über Studiengebühren für Masterstudiengänge oder Teile
des Erststudiums finanzierbar. Diese Darstellung ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.
Wir bleiben dabei: **Bildung ist ein Menschenrecht und Grundrechte kauft man nicht!**



Dazu Kurt Stiegler vom ABS:

"Das Bildungssystem in Deutschland ist laut dem OECD-Bildungsbericht [2] im Vergleich mit 34 Ländern immer noch eines der sozial selektivsten in Europa. Die Wiedereinführung von Studiengebühren wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Die bestehenden Bildungsfinanzierungsmodelle wie das Bafög, Stipendien oder Studienkredite decken schon heute die Kosten für ein Studium nicht ab. Der Volksentscheid in Bayern hat gezeigt, dass die Menschen keine Studiengebühren wollen."



Mandy Gratz von der KTS ergänzt:

"Hochschulbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Die Gemeinschaft muss für diese Aufgabe dafür eine stabile, verlässliche Finanzierung gewährleisten - nicht etwa die Mitglieder der Hochschulen. Die Beschäftigungsverhältnisse und Betreuungsverhältnisse an Hochschulen haben sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Aber Studiengebühren sind für uns keine Antwort auf diese Zustände! Wir fordern eine auskömmliche, staatliche Finanzierung aller Hochschulen und Fachrichtungen. Nur so kann ein Rahmen für gute Arbeit und Bildung geschaffen werden."

Heraldo Hettich vom LAT NRW betont:

"Studiengebühren sind, wie Herr Dr. Dohmen richtig erkannt hat, in keinem kritiklosen Modell denkbar und wurden folgerichtig in allen Bundesländern wieder abgeschafft. Diese Entwicklung erstaunt uns nicht. Studiengebühren bleiben auch im Jahr 2020 in jeder Form sozial selektiv, haben eine abschreckende Wirkung und tragen dazu bei, dass Bildung einer privilegierten Schicht vorbehalten bleibt oder Menschen durch Bildungskredite mit hohen Schulden belastet."



Isabella Albert vom fzs abschließend:

*"Auch in der Analyse der Schuldenbremse liegt Herr Dr. Dohmen richtig. Die Schuldenbremse wird zu einer Unterfinanzierung der öffentlichen Aufgaben führen, wenn keine neuen Finanzierungsquellen gefunden werden. Das Bestreben, Studierende deshalb zu Kund*innen der Hochschule zu degradieren, die Bildung kaufen, führt zu anspruchlosen Konsument*innen und nicht zu kritischen und mündigen Bürger*innen."*

Quellenverweise:

[1] Deutschlandfunk-Interview mit Dr. Dohmen, 26. Jan 2015:

http://www.deutschlandfunk.de/hochschulfinanzierung-2020-haben-wir-wieder-studiengebuehren.680.de.html?dram:article_id=309812

[2] OECD-Bericht "Bildung auf einen Blick", 9. Sept. 2014:

<http://www.oecd.org/berlin/presse/bildung-2014-deutschland.htm>